



Mitglieder des Motorradklubs Bandidos in Bottrop 2012

Nordrhein-Westfalen

Ralf Jägers Rockerproblem

Die Zahl der Rocker in Nordrhein-Westfalen steigt trotz verstärktem Einsatz der Behörden weiter. Wie aus vertraulichen Lageberichten des Düsseldorfer Landeskriminalamts (LKA) hervorgeht, zählte die Polizei im Frühjahr 2017 fast 2100 Rocker in 92 Gangs. 2014 waren es noch rund 1200 Personen in 62 Klubs. Die meisten Mitglieder in NRW haben demnach die

Bandidos (785), gefolgt von Gremium (415), den Freeway Riders (364) und den Hells Angels (345). Die Berichte listen zahlreiche Straftaten auf: Bei Hells Angels in Goch etwa fanden Polizisten kürzlich Schusswaffen, Messer und etwa 500 Gramm Drogen, in einer Garage Chemikalien, sogenannte Polenböllern und Molotowcocktails. In Köln stürmte ein Spezialkommando die Wohnung eines Bandidos; er soll auf ein Café geschossen haben, in dem sich Hells Angels treffen.

Die Entwicklung ist heikel für Innenminister Ralf Jäger (SPD), der vor allem zu Beginn seiner Amtszeit auf Repression setzte und die Kölner Hells Angels und die Aachener Bandidos verbieten ließ, offenbar ohne dauerhaften Erfolg. Auch bringe die Entscheidung, dass Rocker ihre Kutten in der Öffentlichkeit nicht mehr tragen dürfen, erhebliche Nachteile mit sich, notierte das LKA: Die Rocker würden so „unsichtbarer“ und „die polizeiliche Erkenntnisgewinnung erschwert“. jdl

Bundestag

Dr. h. c. Eriwan

Im Streit um seinen Ehrendokortitel droht dem Thüringer Bundestagsabgeordneten Albert Weiler (CDU) ein Ordnungswidrigkeitsverfahren. Weiler führt weiterhin seinen Ehrendokortitel, ohne die verleihende Nationaluniversität für Architektur und Bauwesen in Eriwan mitzunenennen (SPIEGEL 8/2017). Zwar hat er den Titel auf seiner Website inzwischen so ergänzt, wie es das Gesetz vorschreibt. Auf seiner Bundestagsseite erscheint er dagegen immer noch als „Dr. h. c.“ ohne Hinweis auf Armenien. Das Thüringer Wissenschaftsministerium hat Weiler schon vor Wochen auf die Rechtslage hingewiesen und nun ein Gutachten bei der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen angefordert. Sollte Weiler das Ergebnis nicht akzeptieren, würden rechtliche Schritte erwogen, heißt es in einer Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der Linken im Landtag. Weiler wollte sich wegen der laufenden Prüfung nicht äußern. amp

Hochschulen

„Keine allgemeinen Studiengebühren“



Wissenschaftsministerin **Theresia Bauer**, 52 (Grüne), über das jüngst vom Landtag in Stuttgart verabschiedete neue Bezahlstudium für Ausländer

SPIEGEL: Künftig müssen angehende Akademiker, die aus Ländern außerhalb der EU stammen, bis zu 3000 Euro pro Jahr bezahlen, wenn sie in Baden-Württemberg studieren wollen. Warum diese Ungleichbehandlung?

Bauer: Wir wollen mehr Internationalisierung, nicht weniger. Aber die kostet Geld.

Daher gilt es, die gute Ausstattung unserer Hochschulen und damit auch ihre internationale Ausrichtung zu sichern. Und wir müssen unseren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Unser Rezept: Einnahmen erhöhen statt Budgets kürzen.

SPIEGEL: Das Geld fließt in den allgemeinen Haushalt?

Bauer: Nicht komplett. 600 Euro pro ausländischen Studierenden verbleiben an der Hochschule.

SPIEGEL: Warum sollen ausgerechnet junge Leute aus dem Ausland den Haushalt sanieren helfen? Kritiker vergleichen das Gebühren-Gesetz, das erste dieser Art in einem deutschen Bundesland, bereits mit der Pkw-Maut.

Bauer: Was wir tun, ist europäischer Standard, wie etwa in Schweden, Finnland oder Österreich. Dabei bewegen

wir uns am unteren Rand der dort üblichen Beträge.

SPIEGEL: Gaststudenten werden diskriminiert, wirft man Ihnen vor.

Bauer: Im Gegenteil: Wir werden ihnen auch künftig eine Willkommenskultur bieten können. Dazu gehört zum Beispiel, dass sie enger betreut werden. Wer aus dem Ausland stammt, aber seinen Lebensmittelpunkt bereits hier hat, ist sowieso ausgenommen.

SPIEGEL: In Karlsruhe, Stuttgart und Freiburg gehen Studenten gegen das Gesetz auf die Straße, weil sie es als Vorboten allgemeiner Studiengebühren sehen. Zu Recht?

Bauer: Dazu gibt es eine glasklare Aussage im Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung: Wir führen keine allgemeinen Studiengebühren ein. Diese waren

nicht sozial verträglich, daher hat sie die Landesregierung 2012 wieder abgeschafft.

SPIEGEL: Selbst Parteifreunde kritisieren das neue Gesetz.

Bauer: Es ist ein wenig wohlfeil, einfach mehr Geld für Bildung zu fordern, ohne zu sagen, wo das Geld in Zeiten der Schuldenbremse herkommen soll. Das lässt sich aus der Rolle der Opposition in Berlin heraus leicht sagen. Wir tragen hier Verantwortung für einen soliden Landeshaushalt.

SPIEGEL: Wäre es da nicht auch an der Zeit, dass Hochschulen einen Teil ihrer Studienkosten selbst übernehmen?

Bauer: Wir haben einen klaren gesellschaftlichen Konsens in Baden-Württemberg. Und der heißt: Das Erststudium ist gebührenfrei. fri